



# POLEN-ANALYSEN

[www.polen-analysen.de](http://www.polen-analysen.de)

## POLEN NACH DEN WAHLEN

■ ANALYSE	
Die polnischen Parlamentswahlen. Eine Analyse des Ergebnisses. Janusz A. Majcherek, Krakau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN	
Wahlergebnis und Wahlbeteiligung	6
■ DOKUMENTATION	
Das Kabinett von Ministerpräsident Donald Tusk	11
Interview mit Staatspräsident Lech Kaczyński	11
Interview mit Donald Tusk	15
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 06. November bis zum 19. November 2007	22

*Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.*

**Analyse**

## Die polnischen Parlamentswahlen. Eine Analyse des Ergebnisses.

Janusz A. Majcherek, Krakau

### Zusammenfassung

Der bisherige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński verschärfte in den vergangenen zwei Jahren durch seine konfrontative Politik die bestehenden Antagonismen in der polnischen Gesellschaft und mobilisierte mit seiner Art der Regierungsausübung die Gegner der Politik und Programmatik der PiS, die vor zwei Jahren noch in hohem Maße Wahlabstinz geübt hatten. Die vorzeitigen Parlamentswahlen wurden zum Plebiszit. Die Wahlbeteiligung war höher als jemals seit 1989 und der Stimmenanteil für die siegreiche Partei niemals so hoch wie bei den Parlamentswahlen 2007. Den Wahlsieg errang die PO durch die Mobilisierung der Jungen, der besser Ausgebildeten und der großstädtischen Bevölkerung. Der Teil Polens, der von einer zugewanderten, durchmischten und insofern differenzierten Bevölkerung bewohnt wird (westliche und nördliche Regionen), legt eine größere Empfänglichkeit für die Transformation und für zivilisatorische Innovationen an den Tag. Diese lässt den antideutschen Akzent in der Politik der PiS gerade dort unwirksam werden, wo die deutsch-polnische Begegnung am intensivsten ist. Die Struktur der polnischen Gesellschaft hat zur Folge, dass die gesellschaftliche Basis der PiS weiterhin – mit schrumpfender Tendenz – breit bleibt. Wenn die neue Regierung versagen sollte, würde sie den Weg für die Renaissance der traditionalistischen Tendenzen in der polnischen Politik frei machen.

Während des Wahlkampfes vor zwei Jahren führte Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)*, bewusst eine Politisierung der bestehenden kulturellen Unterschiede in der polnischen Gesellschaft herbei, was zu einer weiteren Polarisierung und einem inneren Antagonismus der Gesellschaft führte, den er für seinen politischen Kampf auszunutzen wusste. Dies ermöglichte ihm, die potenzielle Wählerschaft zu mobilisieren und zu sammeln. Die Folge war ein Doppelsieg – sowohl bei den Parlamentswahlen – seine Partei erhielt die meisten Stimmen und Mandate im Sejm – wie auch bei den Präsidentschaftswahlen –, die sein Bruder, Lech Kaczyński gewann. Dass der Termin für Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zusammenfällt, ereignet sich in Polen theoretisch alle 20 Jahre, wenn die vierjährige Legislaturperiode des Parlaments gleichzeitig mit der fünfjährigen Amtszeit des Staatsoberhauptes, das in allgemeinen Wahlen bestimmt wird, endet. Indem Jarosław Kaczyński im Juli 2006 selbst den Posten des Ministerpräsidenten übernahm und für seine Regierung Koalitionspartner unter den radikalen und populistischen Parteien auswählte (*Liga der Polnischen Familien, Liga Polnisch Rodzin – LPR und Selbstverteidigung, Samoobrona*), verstärkte er die Antagonismen in der Gesellschaft noch weiter und vertiefte sie durch seine aggressive und streitsüchtige Politik, die darauf abzielte, die bisherigen, als ungerecht und betrügerisch verdamnten Strukturen und Hierarchien zu zerstören. Auf diese Weise erntete er den Applaus seiner Anhänger, aber auch eine immer

stärkere Missbilligung seitens der übrigen Bürger ihm und seiner Partei gegenüber. Als er dann nach zwei Jahren politischen Gezerres die unbequeme und ihn mehr und mehr kompromittierende Koalition auflöste und vorzeitige Wahlen ankündigte, wurden diese zum Plebiszit über seine Regierung. Zwar entsprach das seinen Absichten, aber er hatte die massenhafte Mobilisierung seiner Gegner nicht vorhergesehen, die zur Folge hatte, dass er die Wahlen am 21. Oktober 2007 verlor und die Regierungsmacht abgeben musste.

### Die Beteiligung der Bürger

Von dem Ausmaß und der Stärke des Antagonismus sowie der damit verbundenen Mobilisierung der polnischen Wählerschaft zeugen die Stimmverteilung und die Wahlbeteiligung. Letztere war die höchste in Parlamentswahlen seit 1989 und überstieg mit 53,88 % deutlich die 50 %-Marke. Das ist im europäischen Vergleich kein außergewöhnlich hohes Ergebnis, aber es überflügelte die Beteiligung von 2005 um mehr als zehn Prozent (2005: 40,57 %). Darüber hinaus kehrt dies den Trend der nachlassenden Wahlbeteiligung der Bürger um, der seit 17 Jahren anhält (nur das Engagement 1989 war noch größer, als die Wahlen auch einen plebiszitären Charakter – für oder gegen den Machterhalt der Kommunisten – hatten). Eine besondere Mobilisierung zeigten die Einwohner der größten Städte: In manchen Bezirken, die die exklusiven Warschauer Stadtteile umfassen, gingen über 90 % der Einwohner an die Urnen, was zur Folge hatte, dass Stimmzettel fehlten, die

am Wahltag zusätzlich herangeschafft werden mussten. Dies führte zu einer Verlängerung der Öffnungszeiten einiger Wahllokale und zur Verzögerung der Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses, was als der größte die Wahlen begleitende Skandal angesehen wurde. Im Jahr 2005 wählten insgesamt etwas über 12 Mio. Bürger; 2007 waren es über 16 Mio.

Vor zwei Jahren erhielten die beiden um die Vorrangstellung konkurrierenden Parteien (*PiS* und die *Bürgerplattform, Platforma Obywatelska – PO*) insgesamt etwas über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Nach zwei Jahren war die Polarisierung der Gesellschaft so stark fortgeschritten, dass fast  $\frac{3}{4}$  der Wähler ihre Stimme für *PO* oder *PiS* abgaben und damit andere kleinere Gruppierungen aus dem Parlament verbannten (mit Ausnahme des Wahlbündnisses der Linken (*Linke und Demokraten, Lewica i Demokraci – LiD*) und der *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)*). Insbesondere traf dies die extremistischen und populistischen Parteien, was über die politischen Gräben hinweg als das positivste Ergebnis dieser Wahlen beurteilt wurde. Vor zwei Jahren entfielen auf *PiS* über 3 Mio. Stimmen und bei den Wahlen am 21. Oktober 2007 noch 2 Mio. mehr. Die *PO* aber erhielt jetzt fast 7 Mio. Stimmen, während sich vor zwei Jahren nicht ganz 3 Mio. Wähler für sie entschieden hatten. Das heißt, die *PO* bekam jetzt als stärkste Partei bedeutend mehr Stimmen, als damals für beide großen Parteien zusammen abgegeben worden waren.

### Eine gesplante Wählerschaft

Die Spaltung der Gesellschaft und die dadurch hervorgerufene politische Polarisierung lässt sich auf eindeutig sichtbare und entschlüsselbare Kriterien zurückführen.

1. *Alter*. Deutlich ablesbar ist, dass die Unterstützung für die konservative und nationalistische *PiS* mit zunehmendem Alter wächst und schließlich unter den über 60jährigen Wählern die Sympathie für die *PiS* höher ist als für die liberal-konservative *PO*. Letztere hat dagegen die meisten Wähler unter Erwachsenen unter 25 Jahren. Gerade die außergewöhnliche Mobilisierung und unerwartete Aktivität der jüngsten Wählergruppe, die dadurch motiviert wurde, dass sie jetzt den altmodischen, hinterwäldlerischen Traditionalisten, die der Gesellschaft anachronistische Ideale und antiquierte kulturelle Muster aufzwingen wollen, die Macht abnehmen konnte, führte zu der *PiS*-Niederlage. Dabei war es nicht nur von symbolischer Bedeutung, dass an diesen Wahlen zum ersten Mal Bürger teilnahmen, die im Wendejahr 1989 geboren worden waren. Wenn man die etwas Älteren hinzuzählt, die an die Zeit vor der Transformation auch keine oder nur undeutliche Erinnerungen haben, dann ist leicht verständlich, wa-

rum die aus der Zeit vor 1989 abgeleiteten politischen Frontstellungen, die sich auf das Verhältnis zur kommunistischen Vergangenheit stützten, stark an Bedeutung verloren haben. Die junge Generation interessiert das ganz einfach nicht.

2. *Bildung*. Auch in dieser Kategorie tritt eine lineare Abhängigkeit auf: Mit höherem Bildungsgrad sinkt die Unterstützung für *PiS*. Bei den Bürgern mit höherem Schulabschluss ist sie deutlich niedriger als die Sympathie für die *PO* und unter Hochschulabsolventen und Studenten ist der Unterschied eklatant. Insbesondere die massenhafte Teilnahme der Studierenden an den Wahlen (was für sie problematischer als für andere gesellschaftliche Gruppen ist, da eine Registrierung am Studienort bzw. die Fahrt in den Heimatort erforderlich ist) trug zur Niederlage der *PiS* bei. Die intellektuellen, kulturellen und künstlerischen Eliten waren fast vollständig gegen die *PiS*-Regierung eingestellt, die durch einen ostentativen Antielitarismus, ein Hintansetzen und Beleidigen meinungsbildender Gruppen, durch Populismus und die Berufung auf antielitäre Ressentiments gekennzeichnet war.

3. *Wohnort*. Auch in dieser Kategorie gab es ein einfaches Muster: Die Akzeptanz gegenüber der *PiS* und ihrer Regierung nahm mit zunehmender Größe des Wohnortes und dem Grad der Urbanisierung der Region ab.

### PO- und PiS-Regionen

Besonders interessant und aussagekräftig ist die regionale Differenzierung der politischen Präferenzen, denn sie spiegelt die Teilungsgebiete des 19. Jahrhunderts und die damalige unterschiedliche staatliche Zugehörigkeit der Regionen wider. Die *PO* gewann in den Gebieten, die nach den Teilungen Polens unter preußischer und deutscher Herrschaft standen bzw. 1945 zu Polen kamen; *PiS* überwog in den Regionen, die bis 1918 zum russischen Teilungsgebiet gehörten. In den Landstrichen, die Ende des 18. Jahrhunderts der Habsburger Monarchie zugesprochen worden waren (das sog. Galizien), herrscht ein relatives Gleichgewicht, allerdings mit einer starken Position der Bauernpartei *PSL*, die dort über lange Traditionen und starke Strukturen verfügt.

Bezeichnend ist, dass die *PO* in ganz Westpolen die stärkste Partei ist, egal ob es sich um Gebiete handelt, die nach dem Ersten Weltkrieg dem polnischen Staat zurückgegeben wurden (Großpolen, Oberschlesien, Pommern, die zu einem bedeutenden Teil von einer autochthonen polnischen Bevölkerung bewohnt wurden) oder nach dem Zweiten Weltkrieg (wie Pommern, Niederschlesien, Ermland und Masurien, wo gegenwärtig Menschen leben, die aus anderen Regionen zugezogen sind, darunter aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten jenseits der heutigen Staatsgrenze). Dies zeigt, dass

der entscheidende Faktor für die politischen Präferenzen dort nicht die seit langem bestehenden lokalen kulturellen oder politischen Traditionen sind (zumindest nicht die familiären). Wichtiger sind wahrscheinlich die persönliche Erfahrung der Nähe zum Westen und die positive Einstellung zu den von dort einfließenden kulturell-zivilisatorischen Mustern. Das erklärt, warum sich in diesen Gebieten die Taktik der *PiS* als wirkungslos erwies, das Schreckgespenst eines deutschen Revisionismus und Revanchismus einzusetzen. Die antideutschen Akzente in der politischen Propaganda und Praxis der *PiS* stießen auf die Gleichgültigkeit derer, an die sie in erster Linie adressiert waren, d.h. derjenigen, die in diesen Landstrichen wohnen und theoretisch das Objekt deutscher Forderungen oder Besitzansprüche sein können. Die Polen, die nähere und häufigere Kontakte mit Deutschen pflegen, fürchten sich weniger vor diesen; vielmehr schätzen sie sie und sind eher proeuropäisch und positiv gegenüber einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn eingestellt. Es zeigt sich, dass der Teil Polens, der von einer zugewanderten, durchmischten und insofern differenzierten Bevölkerung bewohnt wird, eine größere Offenheit und Empfänglichkeit für Veränderungen an den Tag legt und somit auch für die Transformation und zivilisatorischen Innovationen. Dagegen sind diejenigen, die seit Generationen in den östlichen Landesteilen ansässig, beheimatet und verwurzelt sind, häufig Veränderungen abgeneigt, insbesondere wenn sich diese an fremde kulturelle Muster anlehnen. Manchmal sind sie schlicht und einfach rückständig und xenophob.

Auch muss man die Tatsache berücksichtigen, dass von den zehn größten polnischen Städten nur eine östlich der Weichsel liegt, die das Land in der Mitte teilt. Das Übergewicht der *PO* im westlichen Polen korreliert also mit der größeren Anzahl von Stadtbewohnern dort. Die abnehmende und gegenwärtig schon sehr schwache Unterstützung für die politischen Bewegungen, die die deutsche Minderheit repräsentieren, weist darauf hin, dass diejenigen, die sich kulturell mit ihr identifizieren, sich immer besser in den gesamt-polnischen Parteien repräsentiert fühlen. An den Orten, wo die deutsche Minderheit nahezu geschlossen die Bevölkerung stellt, feierte die *PO* Triumphe. Ähnlich ist es im Fall anderer Minderheiten: Charakteristisch sind eindeutig sichtbare Enklaven in den östlichen Gebieten, die von orthodoxen Belarussen bewohnt werden und wo die *PO* in einer *PiS*-Umgebung überwiegt. Die Propaganda und Politik der bisherigen Regierung und der lokalen *PiS*-Politiker, die ein homogenes Modell der polnischen national-kulturellen Identität forcieren und offen oder verdeckt die Minderheiten herabsetzen, verursachte, dass diese als Gesamtheit die konkurrierende, liberale *PO* unterstützten.

Nicht ohne Bedeutung war dabei sicherlich die Person des *PO*-Vorsitzenden Donald Tusk. Er stammt aus einer kaschubischen Familie, die – ehemals Bürger der Freien Stadt Danzig – seit Jahrhunderten in Danzig ansässig ist und folglich in einem »kulturellen Grenzraum« lebt. Er hat das Image und den Ruf eines nicht nur offenen, sondern auch jungen (obwohl er gerade 50 wurde) und modernen Menschen. Sein älterer und noch älter aussehender Rivale Jarosław Kaczyński präsentierte sich dagegen nicht nur als fremdenfeindlicher Nationalist, sondern auch als außergewöhnlich altmodisch – es kam heraus, dass er keinen Führerschein hat und noch nicht einmal ein eigenes Bankkonto. Das ist sogar in Polen ein Ausdruck kompromittierender Rückständigkeit.

In Anlehnung an die genannten Faktoren kann man auch die Wahlergebnisse in den Wahlkreisen, die für die im Ausland (USA, Deutschland und andere EU-Ländern) lebenden Polen eingerichtet worden waren, interpretieren. Dort kam es zu einer niederschmetternden Niederlage für die *PiS* und einem triumphalen Sieg der *PO* (von 60 % in Deutschland bis zu 75 % in Schottland). Die in Europa arbeitenden, lernenden, studierenden und lebenden Polen (ihre Zahl wird auf 1,5 bis 2 Mio. geschätzt) sind am wenigsten für die Parole der Verteidigung der nationalen Identität gegenüber Fremden empfänglich und resistent gegenüber der Angst vor den Deutschen oder Europa, die angeblich die polnischen Interessen bedrohen.

### Das mobilisierte Wahlvolk

Die Struktur der polnischen Gesellschaft bewirkt, dass die gesellschaftliche Basis der traditionalistischen, nationalistischen und klerikalischen *PiS* weiterhin breit bleibt, allerdings mit schrumpfender Tendenz. Über 1/3 der Polen lebt auf dem Land, das Lebensalter verlängert sich (die Anzahl der über 60-jährigen steigt), die Geburtenrate geht stark zurück (derzeit niedriger als in Deutschland). Dagegen steigen das Bildungsniveau, die gesellschaftliche Mobilität (darunter fallen auch Auslandsaufenthalte) und der zivilisatorische Standard schnell und verändern sich rasch die kulturellen Muster. Dies sind Trends, die dazu führen, dass die Empfänglichkeit für den Traditionalismus, die Angst vor Modernität sowie vor der Außenwelt und »fremden« Einflüssen schwächer wird.

Mit dem Wahlergebnis vom 21. Oktober 2007 verwindet auch das Paradox einer antieuropäischen Regierung in einem Land, das von einer der am stärksten proeuropäisch eingestellten Gesellschaften bevölkert wird. In den letzten Wahlen hatten die Kaczyńskis mit den Stimmen derer gewonnen, die sie trotz ihrer eigenen proeuropäischen Haltung gewählt hatten, nun wurden sie mit den Stimmen derer abgewählt, die wegen ihrer eigenen proeuropäischen Einstellung gegen sie stimmten.

Vor zwei Jahren appellierten die Kaczyńskis an die Bürger, die ein Gefühl der Verlorenheit, des Vernachlässigung, des Ausgeschlossenseins und des fehlenden Verständnisses für ihre Bedürfnisse hatten sowie der Meinung waren, politisch unterrepräsentiert zu sein. Sie appellierten damals an deren Frustrationen, Ressentiments, Ängste und Forderungen und dabei auch oder besonders an die Unsicherheiten, die durch die schnelle Transformation und Modernisierung hervorgerufen worden sind. Sie mobilisierten diese Menschen, nahmen sie für sich ein und gewannen dank ihrer Unterstützung damals die Wahlen. Manche Beobachter waren – bei aller Kritik gegenüber den Kaczyńskis – geneigt, ihnen das Verdienst zuzuschreiben, die passiven, apathischen und gegenüber öffentlichen Angelegenheiten gleichgültig oder widerwillig eingestellten gesellschaftlichen Gruppen aktiviert zu haben. Allerdings rief die aggressive, brutale, in ihren Mitteln nicht wählerische Politik, die im Namen dieser Gruppen und mit deren großer Zustimmung betrieben wurde, Bestürzung, Empörung und Verurteilung auf Seiten derjenigen gesellschaftlichen Gruppen hervor, die bisher zu den aktivsten gehörten, wenn es um die Karriereplanung und persönliche Ambitionen ging, die jedoch die öffentlichen Angelegenheiten aufgrund eines Übermaßes an beruflichen und familiären Verpflichtungen und außerpolitischen Interessen vernachlässigt hatten. Diese Menschen wiederum mobilisierte und politisierte nach zwei Jahren Kaczyński-Regierung der Widerspruch gegen deren destruktive Politik, die auf nur schwach verborgenen Absichten beruhte, die kulturellen Veränderun-

gen zurückzudrehen und die zivilisatorische Transformation zu negieren. Im Lauf von zwei Jahren entstand also eine politische Aktivierung in beiden gesellschaftlichen Lagern, die in jeder Hinsicht einander entgegengesetzt waren. Die einen stimmten gegen die anderen. Die polnische Gesellschaft wurde politisch gespalten, nach Kriterien, die die kulturell-zivilisatorische und in hohem Maße auch die generationenbedingte Spaltung widerspiegeln.

Bei den vergangenen Wahlen wurde auch über die Frage nach der Fortsetzung oder gar Beschleunigung der kulturell-zivilisatorischen Veränderungen bzw. deren Hemmung im Namen des Traditionalismus und der nationalen Besonderheiten abgestimmt. Es gewannen das Bedürfnis und der Wille nach einer Weiterentwicklung der Prozesse, die 1989 begonnen haben und mit einer Öffnung nach außen einhergegangen sind. Jedoch ist es nicht sicher, ob sie eine Beschleunigung erfahren werden, gibt es doch auch in der neuen Regierungskoalition konservative Milieus, insbesondere beim Juniorpartner *PSL*, mit dem der Wahlsieger *PO* zusammenarbeiten muss, weil ihm einige Sitze zur erforderlichen Mehrheit im Parlament fehlen. Wenn die neue Regierung Erfolge verzeichnet, wird sie damit auch für die Glaubwürdigkeit der modernisierenden und innovativen Trends in der polnischen Gesellschaft sorgen. Wenn sie versagen sollte, würde sie die Renaissance traditionalistischer, anti-modernistischer und anti-innovativer Tendenzen ermöglichen, die auf jeden Fall weiter stark bleiben werden.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

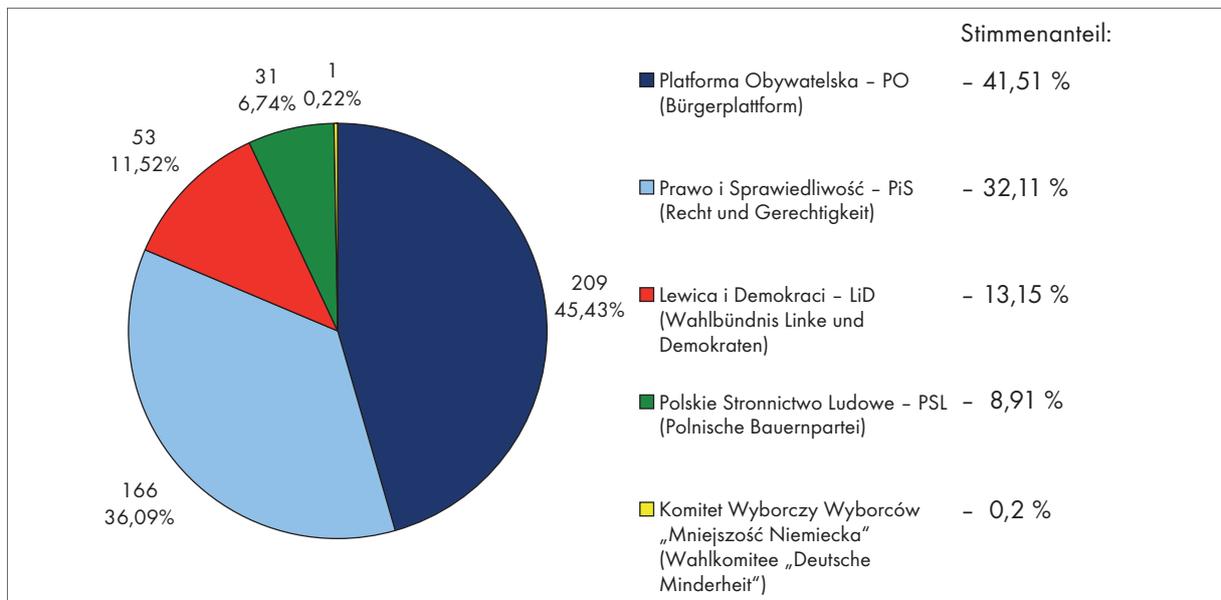
*Über den Autor:*

Janusz A. Majcherek, Philosoph und Soziologe, ist Professor an der Pädagogischen Akademie in Krakau. Seine Analysen und Kommentare zur polnischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft werden v.a. in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« und der katholischen Wochenzeitung »Tygodnik Powszechny« sowie in Fernseh- und Radiosendungen veröffentlicht.

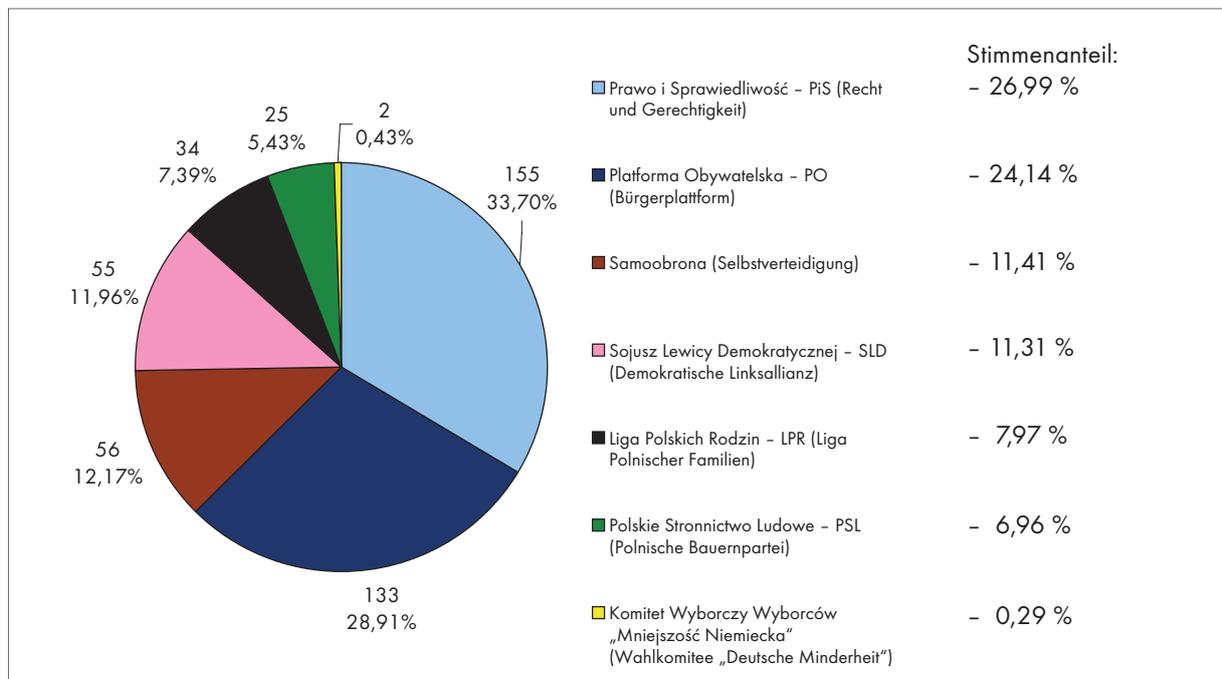
**Tabellen und Grafiken**

### Wahlergebnis und Wahlbeteiligung

Sitzverteilung im Sejm (Parlamentswahlen am 21.10.2007)

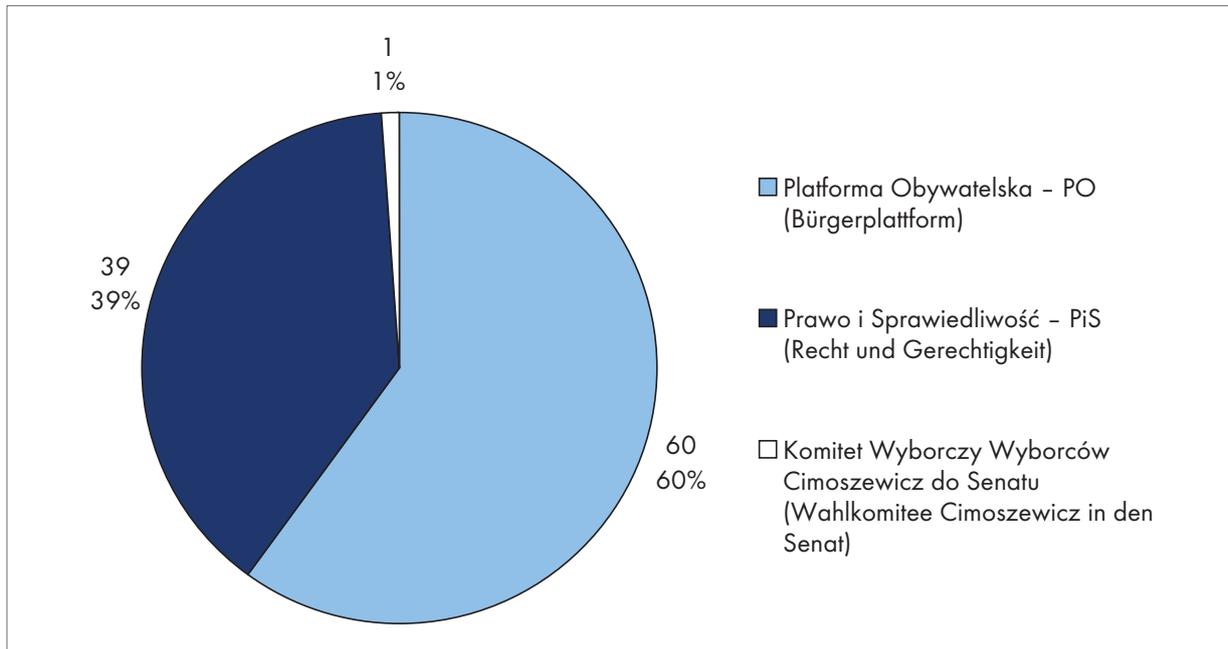


Sitzverteilung im Sejm (Parlamentswahlen am 25.09.2005)

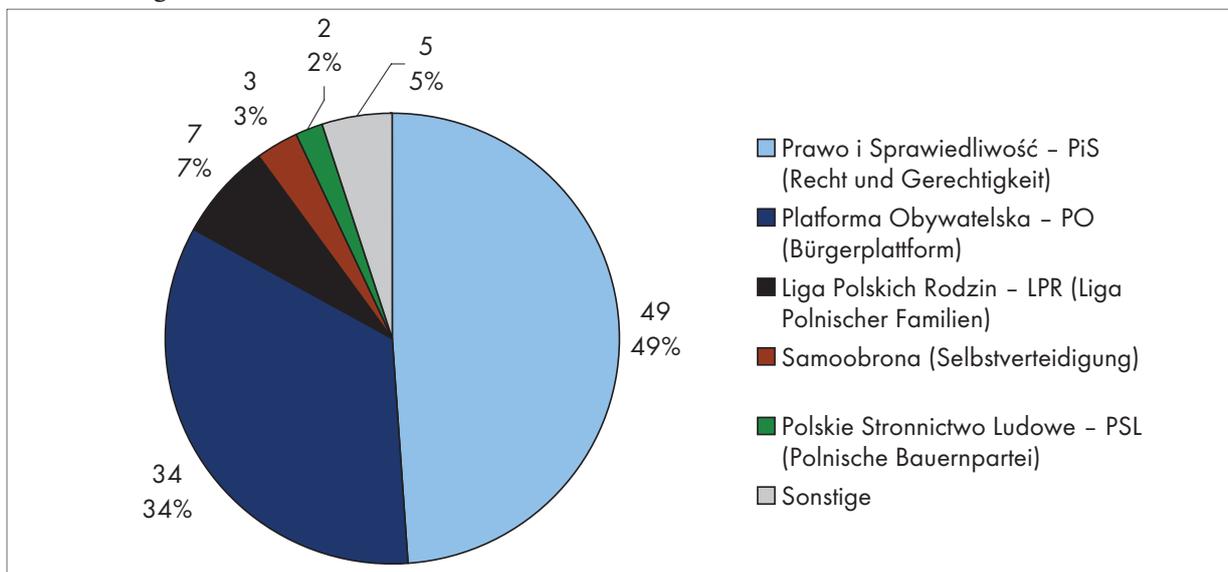


Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], [www.pkw.gov.pl](http://www.pkw.gov.pl)

Sitzverteilung im Senat (Parlamentswahlen am 21.10. 2007)

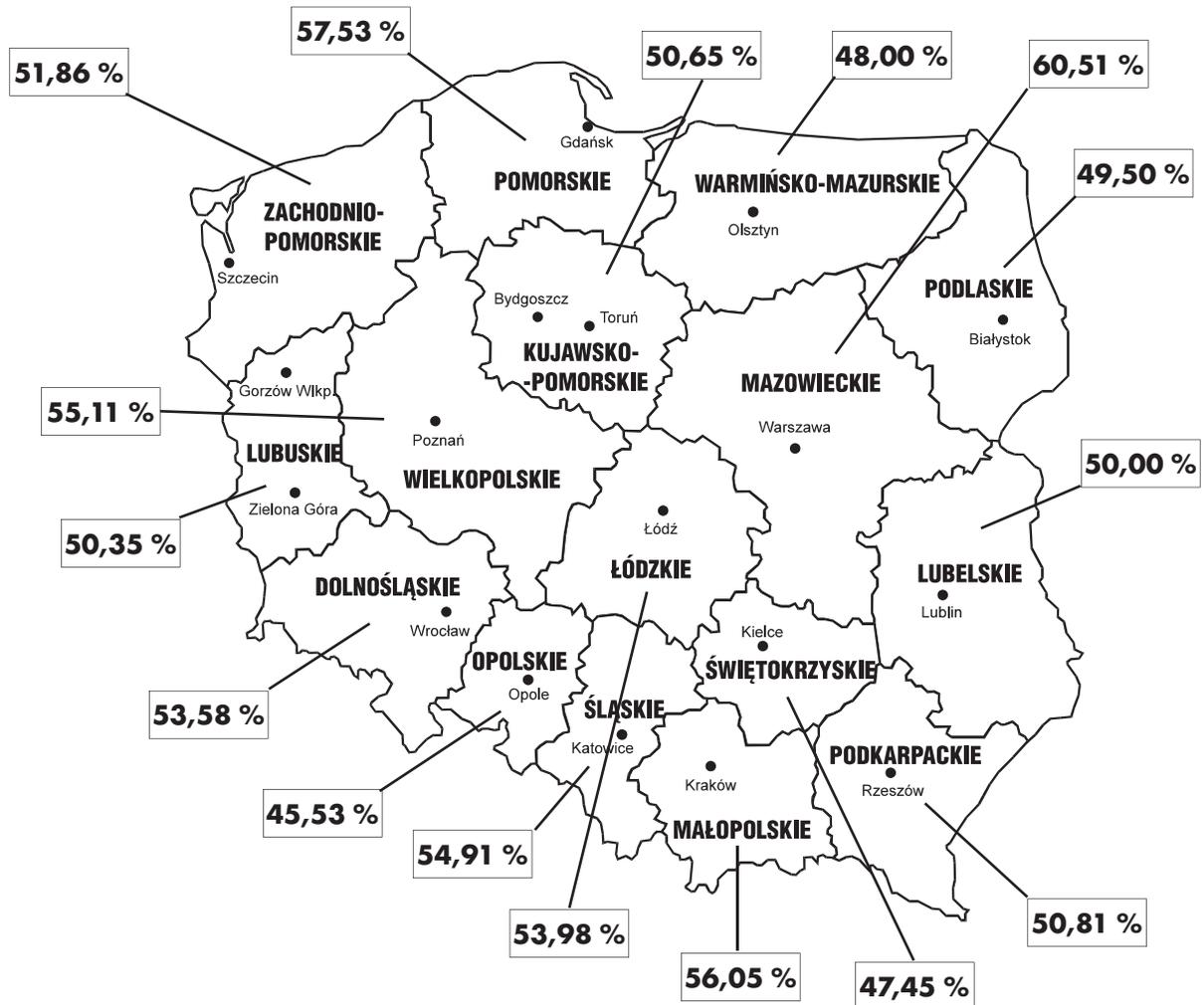


Sitzverteilung im Senat (Parlamentswahlen am 25.09. 2005)



Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], [www.pkw.gov.pl](http://www.pkw.gov.pl)

Wahlbeteiligung an den Sejmwahlen am 21.10.2007 nach Woiwodschaften (%)

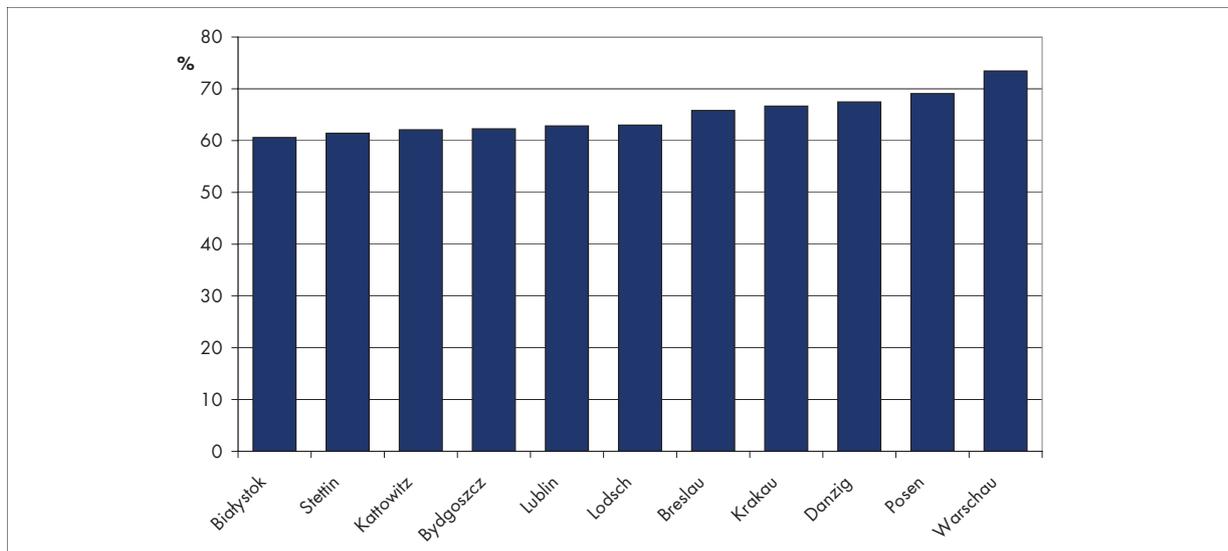


<b>Polen insgesamt</b>	<b>53,88 %</b>
<b>Stadt</b>	<b>58,75 %</b>
<b>Land</b>	<b>45,27 %</b>
<b>Polen im Ausland</b>	<b>78,26 %</b>

Quelle für Daten: Państwowa Komisja Wyborcza / Staatliche Wahlkommission, <http://www.pkw.gov.pl>

Quelle für Karte: CBOS, BS/13/99, Warszawa, styczeń '99, <http://www.cbos.pl>

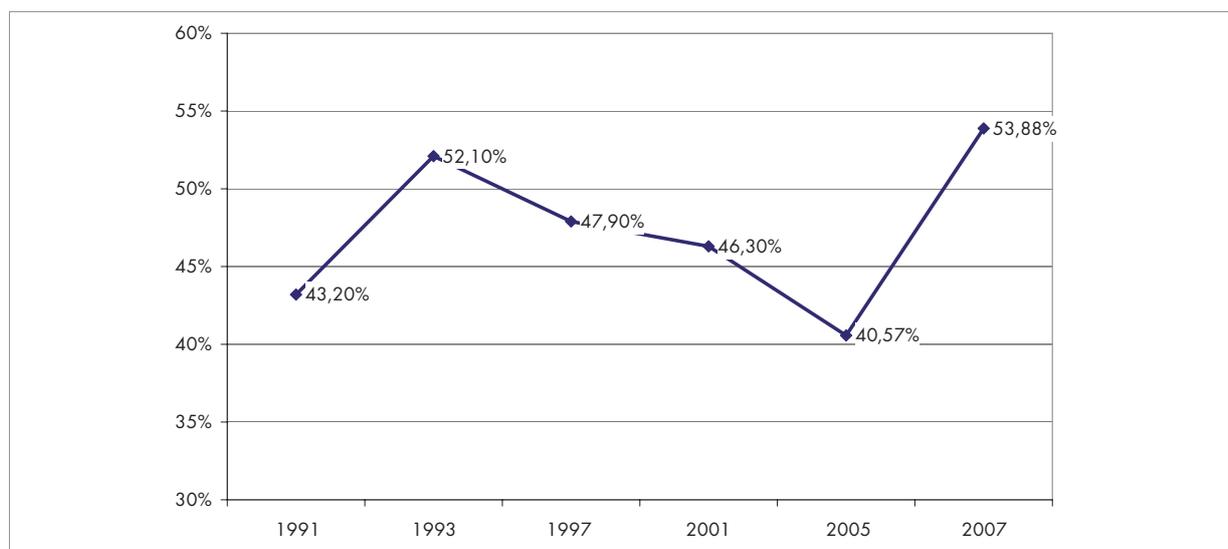
**Wahlbeteiligung an den Sejmwahlen am 21.10.2007 nach Städten über 250.000 Einwohner (%)**



Białystok	60,60 %
Breslau	65,81 %
Bydgoszcz	62,27 %
Danzig	67,47 %
Kattowitz	62,09 %
Krakau	66,66 %
Lodsch	63,00 %
Lublin	62,84 %
Posen	69,08 %
Stettin	61,43 %
Warschau	73,44 %

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], [www.pkw.gov.pl](http://www.pkw.gov.pl)

**Wahlbeteiligung an den Sejmwahlen in Polen (in %)**



Quelle: Zitiert nach: Ziemer, Klaus; Matthes, Claudia-Yvette: *Das politische System Polens*. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Opladen 2004.

**Die Mandatsverteilung nach Wahlkreisen**

	Abgeordnete im Bezirk	PO	PiS	LiD	PSL	MN
<b>insgesamt</b>		<b>209</b>	<b>166</b>	<b>53</b>	<b>31</b>	<b>1</b>
Legnica (Liegnitz)	12	6	4	2	0	
Wałbrzych (Waldenburg)	8	5	2	1	0	
Wrocław (Breslau)	14	9	4	1	0	
Bydgoszcz (Bromberg)	12	6	3	2	1	
Toruń (Thorn)	13	6	4	2	1	
Lublin	15	5	7	1	2	
Chełm	12	3	6	1	2	
Zielona Góra (Grünberg)	12	6	3	2	1	
Łódź (Lodsch)	10	5	3	2	0	
Piotrków Trybunalski	9	3	4	1	1	
Sieradz	12	4	5	1	2	
Chrzanów	8	3	4	1	0	
Kraków (Krakau)	13	7	5	1	0	
Nowy Sącz	9	3	5	0	1	
Tarnów	9	3	5	0	1	
Płock	10	3	4	1	2	
Radom	9	3	4	1	1	
Siedlce	12	3	6	1	2	
Warszawa I (Warschau I)	19	11	6	2	0	
Warszawa II (Warschau II)	11	5	4	1	1	
Opole (Oppeln)	13	7	3	1	1	1
Krosno	11	3	6	1	1	
Rzeszów	15	4	8	1	2	
Białystok	15	5	7	2	1	
Gdańsk (Danzig)	12	8	3	1	0	
Gdynia (Gdingen)	14	8	4	2	0	
Bielsko-Biała	9	4	4	1	0	
Częstochowa (Tschenstochau)	7	3	3	1	0	
Gliwice (Gleiwitz)	10	6	3	1	0	
Rybnik	9	4	4	1	0	
Katowice (Kattowitz)	12	7	4	1	0	
Sosnowiec (Sosnowitz)	9	5	2	2	0	
Kielce	16	5	7	2	2	
Elbląg (Elbing)	8	4	2	1	1	
Olsztyn (Allenstein)	10	5	3	1	1	
Kalisz (Kalisch)	12	5	3	2	2	
Konin	9	3	3	2	1	
Piła (Schneidemühl)	9	4	2	2	1	
Poznań (Posen)	10	7	2	1	0	
Koszalin (Kösslin)	8	5	2	1	0	
Szczecin (Stettin)	13	8	3	2	0	

MN: Mniejszość Niemiecka – Deutsche Minderheit

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], [www.pkw.gov.pl](http://www.pkw.gov.pl)

**Dokumentation**

## Das Kabinett von Ministerpräsident Donald Tusk

Ministerpräsident	Donald Tusk	Vorsitzender der PO
Stellv. Ministerpräsident und Wirtschaftsminister	Waldemar Pawlak	Vorsitzender der PSL
Stellv. Ministerpräsident und Innenminister	Grzegorz Schetyna	Generalsekretär der PO
Außenminister	Radosław Sikorski	Abgeordneter der PO, ehemaliger Verteidigungsminister
Finanzminister	Jacek Rostowski	Prof. für Wirtschaft
Justizminister	Zbigniew Cwiakalski	Prof. für Strafrecht
Verteidigungsminister	Bogdan Klich	EU-Abgeordneter der PO
Landwirtschaftsminister	Marek Sawicki	Abgeordneter der PSL
Gesundheitsministerin	Ewa Kopacz	Abgeordnete der PO
Bildungsministerin	Katarzyna Hall	stellv. Präsidentin der Stadt Danzig
Schatzminister	Aleksander Grad	Abgeordneter der PO
Ministerin für regionale Entwicklung	Elżbieta Bienkowska	Direktorin der Abteilung für Regionale Entwicklung im Marschallamt in Kattowitz
Minister für Infrastruktur	Cezary Grabarczyk	Abgeordneter der PO
Arbeitsministerin	Jolanta Fedak	stellv. Vorsitzende der PSL
Umweltminister	Maciej Nowicki	Chef des EkoFundusz
Kulturminister	Bogdan Zdrojewski	Abgeordneter der PO
Ministerin für Wissenschaft und Hochschulwesen	Barbara Kudrycka	EU-Abgeordnete der PO
Sportminister	Mirosław Drzewiecki	Schatzmeister der PO

## Veto will ich selten einlegen.

### Interview mit Staatspräsident Lech Kaczyński

(Rzeczpospolita, 31.10. 2007)

**RZECZPOSPOLITA:** *Herr Präsident, warum hat Ihrer Meinung nach Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Wahlen verloren?*

**Lech Kaczyński:** In der vergangenen Woche habe ich viele falsche Informationen über meine angeblichen Pläne gehört: dass ich das Wahlergebnis nicht anerkennen werde, ergo dass ich nicht die Absicht habe, die Minister auf Antrag des neuen Ministerpräsidenten zu berufen. Das aber ist von der Verfassung her nicht möglich! Ich will daher stark unterstreichen: Unabhängig davon, was die Ursachen für die Niederlage der PiS sind, sind die Wahlergebnisse so, wie sie sind, und ich akzeptiere sie. Selbstverständlich ist also, dass, wenn die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) die parlamentarische Mehrheit bildet, Donald Tusk Ministerpräsident werden wird. Und um auf die Frage zurückzukommen: Es ist schwer, von einer Niederlage der PiS zu sprechen, wenn sich bei den Wahlen die Unterstützung für sie sehr vergrößert hat. Aber zweifellos hat die Partei verloren.

*Warum?*

Eine tiefere Analyse stelle ich vor, wenn sich die Emotionen beruhigt haben. Im Moment sage ich nur allgemein, dass es Fehler in der Kampagne der PiS gab. Man hat sich übermäßig auf den Kampf mit der Korruption konzentriert. Das ist eine wesentliche Problematik, in der es Erfolge gab, aber es hätte mehr herausgestellt werden sollen, dass zwei Jahre Regierungszeit der PiS eine Zeit großen wirtschaftlichen Erfolgs, steigender Löhne usw. war. Das fehlte. Man glaubte, dass man die Menschen sowieso nicht überzeugen könne. Aber es gibt noch andere Gründe für die Niederlage. Unter anderen den, dass der Bereich einer Nicht-Realität geschaffen wurde und die Bedeutung von Begriffen wesentlich uminterpretiert wurde: der Kampf mit der Korruption in den Kampf mit der Demokratie, die Lustration als Eingriff in die bürgerlichen Rechte. Aber vor allem beeinflusste das Wahlergebnis eine Sache: das von der PO gegebene Versprechen eines rasanten Wachstums, viel schneller als bisher.

*Ein unrealistisches Versprechen, Ihrer Meinung nach?*

Meinem Land wünsche ich Erfolge, also muss ich wollen, dass dieses Versprechen realistisch ist. Aber ich unterstreiche, dass die PO die volle Verantwortung für seine Verwirklichung übernimmt.

*Bedeutet die Niederlage der PiS in den Wahlen auch einen Rückschlag für die Idee der IV. Republik?*

Auf diese Frage lässt sich heute keine Antwort geben.

*Ist es kein Misstrauensvotum der Wähler gegenüber dieser Idee?*

Ich denke nicht.

*Hat die PiS etwas vollbracht, mit dem Sie zufrieden sind und was sich nicht rückgängig machen lässt?*

Die Militärischen Nachrichtendienste (Wojskowe Służby Informacyjne – WSI) wurden aufgelöst. Ich weiß nicht, ob sich das in der Praxis rückgängig machen lässt, formal aber jedenfalls nicht. Die PiS hat auch eine Atmosphäre der Angst vor Korruption eingeführt, das stellen die Untersuchungen der Stefan Batory Stiftung fest, die ich nicht der Sympathie für PiS verdächtige. Diese Atmosphäre wurde kritisiert und es wurde konstatiert, dass nur die feste Überzeugung der Bürger sie vor Korruption schützen sollte. Aber ist der Staat in der Lage, so eine feste Überzeugung zu etablieren? Und das innerhalb von zwei Jahren? Ich weiß es nicht. Meiner Meinung nach war die Gründung des Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) ein Erfolg. Vielleicht hat das CBA bestimmte Fehler gemacht, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass es einen authentischen, hartnäckigen Kampf gegen die Korruption geführt hat.

*An welche Fehler denken Sie?*

Jeder Dienst begeht irgendwelche Fehler, ich will sie nicht aufzählen. Dieser Dienst hat im Laufe eines Jahres viel Gutes für das Land getan. Mariusz Kamiński sollte auf dem Posten des Chefs des CBA bleiben, insbesondere da seine Amtszeit im Juli 2010 enden wird. Wenn ich aber das unterschiedliche Verhalten der Politiker beobachte, kann ich leider nicht die Sorge darum unterdrücken, ob die Atmosphäre des Kampfes gegen die Korruption weiter andauern wird. Ob sie zurückgedrängt wird, hängt ausschließlich von der neuen Regierung ab.

*Was beunruhigt Sie? Irgendwelche Ministerkandidaturen, die gerade kursieren?*

Manche beunruhigen mich ganz wesentlich. Ich werde Donald Tusk, wenn er zum Ministerpräsidenten designiert ist, meine Meinung zu diesen Kandidaturen mitteilen. Außer den Personalangelegenheiten beunruhigt mich auch die Art und Weise, über den Staat zu denken, was ein Publizist zutreffend als Transaktionspolitik beschrieben hat.

*Hat schon jemand mit Ihnen Namen konsultiert, und sei es inoffiziell?*

Nein. Ich bin mir dabei bewusst, dass der Präsident – obwohl er das Oberhaupt der Streitkräfte ist und konstitutionell an der Außenpolitik beteiligt ist – keinen Einfluss auf die Berufung der Minister hat.

(...)

*Publizisten bringen das Schlagwort der De-PiS-isierung oder der »Dekaczysierung« in Umlauf. Wie nehmen Sie dies auf?*

»Kaczysmus« ist eines der Elemente dieser kreierten Metarealität, von der ich gesprochen habe und die mich an die in der Volksrepublik Polen angewandten Techniken erinnert. Ein Phänomen wie Kaczysmus gibt es nicht. Ihn zu kreieren ist gefährlich, weil es den Sinn der Demokratie in Frage stellt. Die Demokratie muss sich auf die Wirklichkeit stützen, denn die Wähler müssen wissen, was sie wirklich wählen. Wenn sich ein Teil von ihnen von der Überzeugung leiten ließ, dass die Demokratie gefährdet ist, dann hat er sich getäuscht. Es lohnt sich festzuhalten, dass die Kreise, die heute die Idee proklamieren, mit der PiS hart abzurechnen, die Idee einer rechtschaffenen Abrechnung mit dem Kommunismus heftig bekämpft haben.

*Wollen Sie sagen, dass der Grund für die Niederlage der PiS ihre Niederlage im Kampf um die Sprache war, bestimmte Dinge zu benennen?*

Die Sprache ist immer mit dem Sprechenden verbunden. Das Sprechende Subjekt ist i.d.R. mit einem Medium verbunden. Ich bin in Sorge um die Demokratie, weil in Polen eine Monokultur in den elektronischen Medien befördert wird. Es ist nicht gut, wenn alle Medien dieselbe Option unterstützen, die außerdem die Macht ausübt. Die normale Situation ist ein Gleichgewicht: Ein Teil der Medien ist der Regierung gegenüber kritisch eingestellt, ein Teil gemäßigt und ein Teil unterstützt sie. So eine Situation gab es in den letzten zwei Jahren nicht.

(...)

*Unterschreiben Sie das Gesetz zur Linearsteuer oder zur Änderung des Gesetzes zum CBA?*

Nein.

*Erwarten Sie, dass die Koalition aus PO und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) eine solche Rechtsprechung erarbeiten wird, gegen die Sie ständig ein Veto einlegen werden?*

Ich hoffe, dass ich selten ein Veto einlegen werde – nur dann, wenn ich der Meinung bin, dass ich es in Hinblick auf die Staatsinteressen tun muss.

*Gibt es keine Chance für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen dem Staatspräsidenten und der PO-PSL-Koalition?*

Im Moment greife ich nicht vor. Wenn es von mir abhinge, wäre für mich die beste Koalition für Polen – die über eine Mehrheit verfügen würde, die erlaubte, die Verfassung zu ändern – eine Koalition aus PO und PiS – unter Berücksichtigung dessen, dass die Bürgerplattform die Wahlen gewonnen hat.

(...)

*Wie stellen Sie sich nun das Betreiben der Außenpolitik vor? Bisher fuhr der Präsident zu den EU-Gipfeln, jetzt hat Jacek Saryusz-Wolski – einer der Kandidaten der PO für den Posten des Außenministers – erklärt, dass künftig der Ministerpräsident fahren werde, und zwar schon am 13. Dezember nach Brüssel.*

Das ist eine Frage der Vereinbarung zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten, da es sich hier um ein Kondominium handelt. Das ergibt sich aus der Verfassung. Ich bin aber – anders als die PO – der Meinung, dass wir im Falle des Verfassungsvertrags alles gemacht haben, was möglich war. Insbesondere beunruhigen mich die Absichten der PO, vom Widerstand gegen die Charta der Grundrechte [der Europäischen Union, Anm. d. Übers.] abzulassen. Diese beinhaltet zwei Typen von Gefahren, für die nationale Identität und für das ehemals deutsche Eigentum in Polen.

*Sollte Ihrer Meinung nach Tusk Sie konsultieren, um zu vereinbaren, wer zum Gipfel fährt?*

Zweifelloos ist das ein Bereich, in dem ich mich mit Donald Tusk treffen muss, und diese meine konstitutionelle Pflicht werde ich erfüllen.

*Das heißt, am 13. Dezember werden Sie zum EU-Gipfel fahren?*

Das kann ich noch nicht sagen. Ich kann nur hinzufügen, dass aus Rumänien, häufig aus Litauen und manchmal Tschechien nicht selten sowohl der Präsident als auch der Ministerpräsident kommen. Obgleich ich dies nicht als gutes Beispiel ansehe. Ich schließe nicht aus, dass ich vorher in der Angelegenheit des europäischen Vertrags den Kabinettsrat einberufe, denn das ist eine wesentliche Sache. Ein Staat, der sich aus einem abgeschlossenen Vertrag zurückzieht, ist ganz einfach lächerlich.

*Beabsichtigen Sie, den Kabinettsrat häufig einzuberufen?*

Man beruft ihn in wichtigen Angelegenheiten ein, und die sind eine ganz normale Sache. In den letzten 15 Monaten habe ich ihn aufgrund laufender Geschäfte und der Aufteilung der Pflichten zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten nicht einberufen.

*Vielleicht sollten wir uns gemeinsam mit der ausländischen Presse und den ausländischen Politikern in vielen Hauptstädten über die erwarteten Veränderungen in der Außenpolitik freuen?*

Gerade darüber gehört es sich nicht, sich zu freuen. Diese Freude in manchen Hauptstädten wird Polen nichts Gutes bringen.

*Russland kündigt ein schnelles Ende des Fleisch-Krieges an.*

Ja... Russland erklärt auch, dass der Raketenschild wie die Kubakrise ist.

*Zu Zeiten der Cohabitation zwischen Kwaśniewski und der Regierung der AWS (Akcja Wyborcza Solidarność – Wahlaktion Solidarität) war die Präsidialkanzlei eine Einrichtung, die mit der Kanzlei des Ministerpräsidenten konkurrierte...*

Es geht nicht darum zu konkurrieren, sondern nur darum, dass beide Organe ihre konstitutionellen Pflichten mit Gewinn für das Land ausüben können. Ich hoffe, die politische Rhetorik der PO wird sich mildern. So viel. Der Präsident hat 30 verschiedene Prärogativen. Manche Angelegenheiten können ohne seine Zustimmung nicht stattfinden, wie zum Beispiel die Ernennung oder Abberufung von Botschaftern, die Berufung eines Generals der Polnischen Armee oder eines Leutnants. Das betrifft auch die Polizei und andere Dienste. Der Präsident hat das Veto-Recht. Im Zusammenhang mit den Gesetzen kann der Präsident die betreffende Angelegenheit an das Verfassungsgericht weiterleiten. Ich beabsichtige, diese Befugnisse in Übereinstimmung mit meinem Verständnis dessen, was im Interesse des Staates liegt, wahrzunehmen.

*Werden Sie die Möglichkeit der Gesetzesinitiative seitens des Präsidenten wahrnehmen?*

Natürlich, noch in diesem Jahr werde ich einige schon früher geplante Gesetzesentwürfe vorlegen: zur Sicherheit, zur Staatsangehörigkeit, einige andere. Wahrscheinlich werden auch neue Projekte aufkommen.

*Welches Verhalten in der Opposition werden Sie, Herr Staatspräsident, der PiS raten?*

Sie sollte nicht die extremen Verhaltensweisen der oppositionellen PO reduplizieren, denn diese war eine ungemein aggressive Opposition – unlängst hat dies der Primas hervorragend zur Sprache gebracht. Natürlich hat die PiS manchmal darauf geantwortet. Wobei die PO wusste, dass sie es sich erlauben kann, während die PiS dafür von den Medien zermalmt wurde.

(...)

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

*Quelle: Rzeczpospolita vom 31. 10. 2007: »Weta chce używać rzadko«, Bernadeta Waszkielewicz, Paweł Lisicki, Piotr Gabryel, mit freundlicher Genehmigung*

## Tusk: Keine Revolution.

Jarosław Kurski und Marcin Wojciechowski im Gespräch mit Donald Tusk

Gazeta Wyborcza vom 05.11. 2007

**Jarosław Kurski, Marcin Wojciechowski:** *Viele waren der Ansicht, darunter auch wir, dass vorgezogene Wahlen unter den Bedingungen von Jarosław Kaczyński ein fataler Fehler der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) seien, dass sie sich in Kaczyńskis Plan einfügen und im Ergebnis Sie der Verlierer sind.*

**Donald Tusk:** Alle waren gegen vorgezogene Wahlen. Ich strebe nicht nach der Rolle eines Strategen, der alles besser weiß und alles vorhersieht. Ich wusste nicht, ob ich nicht einen Fehler begehe. Das Risiko war sehr groß. Wenn wir verloren hätten, wäre ich von meinem Platz geflogen. Natürlich habe ich gelernt, das Risiko auf mich zu nehmen, aber ich weiß heute nicht, ob es nicht unter den damals bekannten Rahmenbedingungen zu groß war. Vielleicht hatte ich nicht recht, nur ein wenig Glück. Glück ist wichtig in der Politik.

*Hat bei Ihnen der Instinkt mitgespielt? Die Parteichefs aller Parteien außer von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) überredeten Sie zum konstruktiven Misstrauensvotum und sagten: »Ergreife die Macht.«*

Dieses Szenario sah attraktiv aus, hätte aber auf längere Sicht in einer Katastrophe enden müssen. Der Vorschlag »Ergreife die Macht« hat mich nicht sehr betört.

*Der »Handlanger« Kwaśniewskis hat die PiS besiegt. Je mehr Jarosław Kaczyński Sie gedemütigt hat, als desto demütigender erwies sich seine Niederlage.*

Wie in einem guten Volksmärchen. Niederlagen können zerstören oder abhärten. Mehr als die Niederlage in den Wahlen vor zwei Jahren hat mich das abgehärtet, was danach kam. Die ständige Aggression nicht nur von Seiten der PiS. Der Großvater aus der Wehrmacht, die Attacken, die nicht nur auf mich, sondern auch auf meine Frau und meine Kinder zielten. Das alles hat mich widerstandsfähig gemacht.

*Was war der schwierigste Moment im Wahlkampf?*

Die Mitte der Debatte mit Aleksander Kwaśniewski. Nach einem deutlichen und eindrucksvollen Sieg über Jarosław Kaczyński wusste ich, dass die Erwartungen mir gegenüber bedeutend gestiegen waren. Und Kwaśniewski ist ein schwierigerer Gegner als Kaczyński. In der Debatte mit ihm gab es einen Augenblick, in dem ich fühlte, dass mir alles entgleitet.

*Und daraufhin griffen Sie auf die antikommunistische Rhetorik zurück.*

Das war ein Clinch. Im Ring kann man einen Kinnhaken einfangen, aber die Kunst besteht darin, den Stoß des Gegners auszuhalten und im Finale den nächsten Stoß auszuteilen. Mir ist das gelungen.

*Sie sprachen von Glück. Entschied ein Quentchen Glück über den Sieg der PO in den Wahlen?*

Ich bin nicht Jarosław Kaczyński, der es liebt, von sich zu lesen, dass er ein genialer Stratege sei. Ich habe bei dem Potenzial, das in der polnischen Gesellschaft nicht nur dank unserer Arbeit entstanden ist, die Blockade aufgehoben. Eine Schlüsselrolle spielte, wie sich erwies, die Entschlossenheit der Bürger selbst, unserer Wähler.

*In den Meinungsumfragen war bis zum letzten Moment die Überlegenheit der PO nicht zu sehen. Sind Sie sich dessen bewusst, dass nicht Ihr an die Bürgergesellschaft appelliert habt, sondern sie an Euch, weil sie niemand anderen hatte?*

Das ist das größte Kompliment. Nur wir wurden eine reale Alternative zur PiS. Das selbstverständliche Anti-PiS-Image hatte ja die Linke. Sie hat ihre Chancen nicht genutzt, obwohl ich davor etwas Angst hatte.

(...)

*Wie verhält sich die PO, wenn die PiS einen neuen Entwurf zum Lustrationsgesetz in den Sejm einbringen wird?*

Wir wollen nicht, dass das das Problem Nummer Eins für Polen wird, denn das ist die Lustration nicht.

*Aber die PiS wird es Euch vielleicht aufnötigen wollen, um die Aufmerksamkeit von der Modernisierung abzulenken.*

Sie werden versuchen, es im Sejm zu einem ständigen ideologischen Krieg in Fragen der Lustration, der Abtreibung usw. kommen zu lassen. Das ist sehr wahrscheinlich. Was die Lustration betrifft, stehe ich auf dem Standpunkt, dass es notwendig ist, die Archive zu öffnen. Es gibt keinen anderen Weg, auch wenn er unbequem für unsere gesamte Generation ist. Als Mensch mit sauberen Karten suche ich keine Rache, aber es wird keine Katharsis ohne die Öffnung der Archive geben. Das Gesetz sollte so konstruiert sein, dass es niemand politisch ausnutzen kann, obwohl ich weiß, dass das sehr schwierig ist. Die Regierung der PO gibt die Garantie, dass sie es nicht ausnutzen wird.

*Muss man in Polen eine De-PiS-isierung durchführen? Wird es Untersuchungskommissionen in der Angelegenheit Blida, zur Affäre im Landwirtschaftsministerium und zum Vorgehen des Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) geben?*

Ja.

*Einen oder mehrere?*

Die Verfassung sagt, dass sich eine Untersuchungskommission mit einer konkreten Angelegenheit befassen soll. Diese Angelegenheiten haben sich vermehrt. Vielleicht ist etwas in der Art der chilenischen oder südafrikanischen Wahrheitskommission nötig, die den Missbrauch der vorigen Machthaber gegenüber den Bürgern untersucht. Aber wir müssen das Spektakel der sog. De-PiS-isierung vermeiden. Die Konstruktion einer öffentlichen Untersuchung muss ein Element eines breiten Kompromisses aller politischen Kräfte sein.

*Auch mit Beteiligung der PiS?*

Ja. Es wäre ein Fehler, die Partei von Jarosław Kaczyński aus dem Gespräch über die Gestalt der Kommission auszuschließen. (...)

*Soll sich die Kommission auch ins Zeug legen, wenn nur der Verdacht eines Machtmissbrauchs auftaucht?*

Das kann in Hinblick auf die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung schwierig sein. Aber eine Verbesserung bringt bereits die Befreiung des Bereichs der Justiz von der Politik – die Trennung der Funktion des Generalstaatsanwalts von der des Justizministers sowie eine gewissen Autonomie der Staatsanwaltschaft. Dann müsste man nicht jedes Mal eine Untersuchungskommission berufen. Eine parlamentarische Untersuchungskommission sollte aktiv werden, wenn die Machthaber ihre Macht missbrauchen und dies zudem verschleiern. Die Idee der Untersuchungskommission hat sich bei der Rywin-Affäre bewährt. Aber schon die folgenden Kommissionen waren reine Politik.

*Was geschieht mit dem CBA? Sollte Mariusz Kamiński auf seinem Posten bleiben?*

Ich bin noch nicht Ministerpräsident, sondern nur der voraussichtliche Kandidat dafür. Aber Mariusz Kamiński hat sich als Chef des CBA disqualifiziert. Ich vertraue darauf, dass ich bald die Dokumente des CBA einsehen werde. Der Audit der Tätigkeit des CBA wird sehr genau sein und seine Ergebnisse zugänglich. Wir wollen die Korruption bekämpfen, aber es dürfen sich nicht die Situationen der vergangenen Monate wiederholen. Das CBA braucht einen guten Chef und nicht jemanden, der es in den bewaffneten Arm der Regierungspartei umgestaltet.

*Haben Sie keine Angst, dass sich die Angehörigen der Geheimdienste, der Staatsanwaltschaft, die Angestellten der öffentlichen Verwaltung der PO zur Verfügung stellen, so wie sich früher viele von ihnen dem Willen von PiS unterstellt haben, manchmal sogar entgegen den eigenen Ansichten?*

Wir werden nicht naiv sein. Naiv wäre die Überzeugung, dass wir allein durch den Eintritt in die Regierung alle polnischen Staatsanwälte in Engel verwandeln. Die Angestellten der öffentlichen Verwaltung müssen zu einem bestimmten Grad dem Staat zur Verfügung stehen. Aber häufiger ist das ein Fehler denn ein Vorzug. Das Recht muss garantieren, dass die Disponibilität weder die Grenzen des gesunden Menschenverstands noch der Sicherheit des Staates überschreitet. Meiner Meinung nach ist das möglich, obgleich Politiker zu dem Leninschen Denken neigen, dass der Staat die Partei und die Partei der Staat ist.

*Repariert Ihr das von der PiS zerstörte Gesetz über den öffentlichen Dienst? Was ist mit den Gesellschaften des Staatsschatzes?*

Wir haben drei Möglichkeiten, an die Gesellschaften des Staatsschatzes heranzugehen. Erstens, die Leute der PiS werden dort gelassen, als Demonstration, dass uns Macht nicht interessiert. Dann wird die schlechte Situation fortbestehen. Zweitens, sie gegen unsere Leute austauschen. Dann würden wir selbst nicht wahrnehmen, dass wir uns in eine Kopie der PiS verwandeln. (...) Es bleibt also der dritte Weg: die Privatisierung des Staatsschatzes. Und daran werden wir uns halten. (...) Einigen polnischen Politikern gelang es, das große Werk anzupacken, unseren Augiasstall zu säubern. Leszek Balcerowicz, Jan Krzysztof Bielecki, Jerzy Buzek. Ich weiß, dass auch in der Bürgerplattform selbst Widerstand gegen solche Veränderungen auftreten wird.

*Es wird auch die Versuchung bestehen, die öffentlichen Medien wiederzugewinnen.*

Zunächst wollen wir die Gebühren abschaffen, zumindest für Rentner und diejenigen, die eine Betriebsunfähigkeitsrente erhalten. Die öffentlichen Medien werden immer einer Regierung unterstehen, weil jemand aus ihr anweisen wird, wer in ihren Führungsgremien sitzt. Aber wir wollen die öffentlichen Medien dazu zwingen, dass sie unabhängig davon, wer sie leitet, ihren öffentlichen Auftrag erfüllen.

*Wird die PO das Gesetz zum Landesrundfunk- und Fernsehrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) ändern? Wird die Leitung der öffentlichen Medien ausgetauscht? Werden Sie den Versuch unternehmen, sie rechtlich neu zu stärken?*

Die Politiker, die versuchten, sich die Medien unterzuordnen, haben keine Lehren aus der Geschichte der vergangenen Jahrzehnte gezogen. Der, der die öffentlichen Medien eingenommen hatte, hat die Wahlen verloren. Vielleicht wird die PO auch nicht in der Lage sein, eine solche Wahrheit zu akzeptieren. Deshalb brauchen wir einige Entscheidungen, die die öffentlichen Medien von der politischen Kontrolle befreien.

*Was für Entscheidungen?*

Die Abschaffung der Gebühren. Das gestattet, die Rolle des öffentlichen Fernsehens auf die Erfüllung seines Auftrags zu reduzieren. Vielleicht sollte die Funktion eines Mitglieds des KRRiT eine ehrenamtliche sein. Wenn dort weniger Geld kursiert, dann reduzieren sich auch die Emotionen in Bezug auf die Arbeit in diesem Rat. Im Polnischen Fernsehen (TVP) sollte es mehr Dokumentarfilmer und weniger gutaussehende Moderatoren mit einem Gehalt von 50.000 monatlich geben.

*Wird es Rücktritte in den Vorständen und Aufsichtsräten der öffentlichen Medien geben? Treten an die Stelle der PiS-ler Eure?*

Es gibt eine Gattung politischer Manager in den öffentlichen Medien. Das ist eine überparteiliche Kaste. Ich bin mir dessen bewusst, dass es um die PO herum an diesen Menschen auch nicht mangelt. Ich habe die Kandidaturen für den neuen Vorsitzenden des TVP oder die Mitglieder im Aufsichtsrat nicht im Kopf. Ich bin mir darüber im Klaren, dass, egal, wer neu dorthin kommt, er anfängt, fast das gleiche zu machen wie sein Vorgänger. Deshalb möchte ich ganz einfach den Einfluss der öffentlichen Medien auf die Politik und umgekehrt reduzieren. Die öffentlichen Medien sollten sich nicht mit den privaten in den Kommerz ziehen lassen. Denn je mehr sie diesen Wettkampf verlieren, desto unterwürfiger werden sie der Politik gegenüber, um die Regierenden von der Notwendigkeit ihrer Existenz zu überzeugen.

*Warum wollen Sie Ministerpräsident werden? Sie werden sich verschleifen und werden dann in drei Jahren von der Staatspräsidentschaft nur noch träumen können. Wäre es nicht besser gewesen, als Ministerpräsidenten z.B. Bronisław Komorowski aufzustellen?*

Ich bin nicht auf eine zukünftige Präsidentschaft versessen. Ich hege keine Machtgelüste. (...) Zu regieren ist die schwierigste Prüfung. Dabei sind Charaktereigenschaften und Kompetenzen wichtiger als der Hunger nach Macht. Ich war mit den Brüdern Kaczyński, aber auch mit Jan Rokita im Streit darüber, was die wahre Mission eines Politikers ist. Sie meinen, dass sein Ziel ist, große Dinge zu erreichen. Ich setze mir zum Ziel, eine Reihe von kleinen Dingen zu verwirklichen, deren Summe zusammengenommen groß sein wird. Jemand hat über mich geschrieben, dass ich einige kleinere Dinge gut machen und nicht die ganze Welt retten möchte. Mir gefällt diese Charakterisierung, auch wenn mir das Streben nach großen Zielen nicht fremd ist.

*Und was ist mit der Staatspräsidentschaft?*

Für das Amt des Staatspräsidenten habe ich vor zwei Jahren kandidiert. Heute sprechen wir am Vortag der Nominierung für den Stuhl des Ministerpräsidenten. Wenn ich ein guter Ministerpräsident bin, haben andere Ambitionen keinen Sinn. Ich will ein Ministerpräsident werden, der einige deutliche Spuren hinterlässt.

*Welche?*

Die Entschärfung der Konflikte der vergangenen zwei Jahre. Wenn die Regierung eine gute Politik macht, werden Konflikte nur zu Unterschieden. Wenn die Politik schlecht ist, werden die Unterschiede zum Keim von Konflikten. In Polen müssen eine Menge kleiner und mittlerer Dinge gemacht werden, damit sich etwas verbessert. Keine Revolution. Ich glaube, dass ich der ideale Kandidat für die Verwirklichung eines solchen Programms bin. Ich möchte den Spuren der Ministerpräsidenten Mazowiecki, Bielecki und Buzek folgen.

*Wird das Amt des Ministerpräsidenten für Sie ein Test, bevor Sie sich in drei Jahren um die Präsidentschaft bemühen?*

Falls Ihr fragt, ob ich nicht die nächsten Jahre vergeude, indem ich vor den Präsidentschaftswahlen Applaus suche, dann antworte ich: Ich vergeude keine Zeit. Ich werde mich nicht um PR kümmern und auch nicht mit roten Wangen auf die Präsidentschaftswahl warten, denn das sind nicht die Hoffnungen der Wähler der PO. Ich will Ministerpräsident werden, um ihre Hoffnungen in ganz konkreten Angelegenheiten zu verwirklichen.

*Wenn jemand »Blut, Schweiß und Tränen« verspricht, dann wird er wie Churchill den Krieg gewinnen, aber die Wahlen verlieren.*

Als Praktiker und Vorsitzender der PO habe ich die These von der Notwendigkeit eines verantwortungsvollen Populismus manches Mal wiederholt. Wir haben uns vor Sätzen in der Art von »schmerzhaft Reformen sind unerlässlich« gehütet. Eine der Pflichten eines Politikers ist es, den Menschen ein Gefühl von Sicherheit, Kontinuität und Wachstum zu geben. Jeder Mensch hat nur ein Leben. Über eine Strategie für viele Generationen zu reden, ist häufig eine Maskierung des Mangels an Einfällen für das Hier und Jetzt. Die Menschen wollen bezogen auf ein, zwei Jahre besser leben und nicht in 30 Jahren. Diese Logik erwarte ich auch von den Mitgliedern meiner zukünftigen Regierung.

*Blairismus in der Tusk-Ausgabe! Liberal in der Wirtschaft, sensibel in der Sozialpolitik.*

Ich muss Ihnen gestehen, dass ich vor zwei Jahren die Debatte mit Lech Kaczyński verloren habe, weil ich keine echte Antwort auf die verkehrte Einteilung in ein solidarischeres und ein liberales Polen gefunden habe. Während des Wahlkampfes habe ich mich am Tag, an dem die Debatte mit Jarosław Kaczyński stattfand, nach Schlesien begeben, zu einem davor schon vereinbarten Treffen. Ich riskierte eine Verspätung nach Warschau, aber es hat sich gelohnt. Der Präsident von Chorzów – ganz bestimmt nicht aus der PO – sagte: »Fordern Sie sowohl das eine als auch das andere – eine liberale Wirtschaftspolitik sowie eine sensible Sozialpolitik. Das ist das Bedürfnis der Polen. Man muss ihnen die Befriedigung vermitteln, dass wir Milliarden Euro von der Europäischen Union bekommen, dass wir in Unabhängigkeit und Freiheit leben, dass wir uns endlich des Lebens freuen können.«

*Bedeutet das, dass Sie mit dem Erbe des Liberalen brechen?*

Dem Erbe des Liberal-Demokratischen Kongresses (Kongres Liberalno-Demokratyczny – KLD) entnehme ich die Idee der Freiheit. Aber man muss ihr weitere Fundamente hinzufügen. Je älter ich bin, desto mehr schätze ich z.B. das Gewicht der staatlichen Institutionen. Die Jungen in Polen brauchen heutzutage nicht so viel Hilfe wie die ältere Generation. Mein liberaler Geist ist den Jungen wohlgesonnen, aber die konservative Reife der PO garantiert den älteren Menschen eine solidarische Sozialpolitik.

*Gehört zu dem verantwortungsvollen Populismus das Versprechen des Wirtschaftswunders?*

Für mich gehört dazu, das zu machen, was ich vor meinem eigenen Gewissen als verantwortungsvoll betrachte. Populismus ist das Versprechen eines möglichen, nach einigen Jahren eintretenden Konsums für Menschen, die 50, 60 Jahre alt oder älter sind. Das sind ihre Erwartungen und der Horizont, der sie interessiert. Es ist uns gelungen, unter diesem Aspekt eine neue Sprache zu finden.

*Wissen Sie, dass die Leute über das Versprechen, in Polen ein zweites Irland aufzubauen, schon Witze machen?*

Ich weiß. Je schneller sie beginnen, über mich zu lachen, desto besser. Diese Witze sind nicht böse, sondern sie disziplinieren. Wir haben etwas auf hohem Niveau versprochen, und die Leute werden uns daran messen. Aber der Ton dieser Witze zeigt, dass wir die realen Erwartungen der Gesellschaft getroffen haben. Als ich in London war, wandten sich die Menschen mit den Worten an mich, dass sie sich dessen bewusst seien, dass ein Wirtschaftswunder nicht schnell eintreten werde. Sie dankten aber dafür, dass ich ihnen Optimismus und Hoffnung gegeben habe.

(...)

*In London haben Sie sich mit Kazimierz Marcinkiewicz getroffen. Ist das die Ankündigung seines Eintritts in die Regierung?*

Ich sehe nicht voraus, dass Marcinkiewicz vor Beendigung seiner Aufgaben in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zurückkehrt. Wir haben darüber gesprochen, wie er Polen helfen könne, wenn er in London bleibt. Da wäre vor allem die Rettung der Euro 2012 (Fußballeuropameisterschaften 2012 – d.Red.) in Polen. Man müsste einige wichtige polnische Namen engagieren, um das Wohlwollen der UEFA gegenüber diesem Projekt wiederherzustellen. Mich belustigen die Diskussionen über die Standortbestimmung der Stadien, dauert doch der Brand darum herum an. Die Umsetzung der Euro 2012 ist gefährdet. Es gilt, sich ganz reell an die Arbeit zu machen und nicht, Märchen über Standorte zu erzählen. Schluss mit der Gigantomanie. Es wird nicht die riesigen Denkmäler des Sozialismus geben. Alles wird entsprechend den lokalen und finanziellen Möglichkeiten der Städte realisiert. Im Laufe weniger Monate muss die UEFA einen Bericht erhalten, was realistischerweise auszuführen ist und zu wann. Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz wird einer der inoffiziellen Botschafter dieses Projektes sein. Ich sehe ihn als Lobbyisten der polnischen Interessen, übrigens nicht nur in London.

(...)

*Wohin werden Sie zu Ihrem ersten Auslandsbesuch fahren?*

Im Danziger Artushof habe ich über drei Hauptstädte gesprochen, Moskau, Washington und Brüssel, und dass es dort viele Angelegenheiten zu erledigen gibt. Aber das bedeutet nicht, dass ich mich bei meiner ersten Auslandsreise dorthin begeben werde. Man muss die Besuche vorbereiten, man braucht den Willen beider Seiten. Ich wollte allerdings unterstreichen, wie sehr wichtig für mich die Angelegenheit des Raketenschutzschildes ist, eines größeren Wissens über dieses Projekt sowie der Rückzug unserer Truppen aus dem Irak. Was Brüssel betrifft, ist die Sache einfacher, denn wahrscheinlich schon am Donnerstag werde ich mich mit dem Vorsitzenden der Europäischen Union während seines Besuchs in Warschau treffen. Jeder Gesprächspartner hat eine andere Idee zum Thema der ersten Reise. Es lockt der Vatikan – in der Nachfolge der ersten Auslandsbesuche der vorigen Ministerpräsidenten. Mir liegt die Idee eines Besuchs in Wilna nahe. Den litauischen Präsidenten und Ministerpräsidenten führte nach den letzten Wahlen in Litauen ihr erster

Besuch nach Warschau. Professor Władysław Bartoszewski erarbeitet die Reiseroute sowie den Terminkalender meiner Antrittsbesuche. Ich vertraue ihm vollkommen und füge meinem Debüt im Ausland nichts mehr hinzu.

*Und Moskau?*

Nach den letzten Wahlen tauchten in Moskau die seit Jahren ersten warmherzigen Kommentare gegenüber Polen auf. Das ist sehr wertvoll. Wir überwinden den Streit nicht, indem wir sagen, dass 100 % der Schuld für den Stand der Beziehungen zwischen unseren Ländern Russland trägt und wir Heilige sind. Aus den Signalen, die mich erreichen, geht hervor, dass eine Chance auf Tauwetter zwischen Warschau und Moskau besteht. Die Fähigkeit, das Problem zu lösen, wird für mich wichtiger sein als das prestigereiche Ringen darum, wer wohin als erster fährt.

*Werden Sie die Gespräche mit den USA über den Raketenschutzschild fortsetzen?*

Wir müssen mehr Informationen haben. Die vorherige Regierung hat dieses Thema mit einem zu großen Geheimnis umgeben. Die Schlüsselfrage betrifft die Bilanz – wird nach der Errichtung des Schutzschildes die polnische Sicherheit wachsen oder sich verringern? Und das hängt von Dutzenden finanziellen, technischen usw. Fragen ab. Im Zusammenhang mit dem amerikanischen Wahlkalender kommen auch aus Washington widersprüchliche Signale zum Schutzschild.

*Ist das Jahr 2008 das letzte Datum des Rückzugs der polnischen Truppe aus dem Irak?*

Mir liegt daran, dass die Amerikaner anerkennen, dass die PO die Wahlen gewonnen hat und erklärt, dass unsere Mission im Irak in der bisherigen Form 2008 beendet werden muss. Wir behalten diesen Standpunkt bei.

*Es heißt, Sie seien »germanophil«, Sie würden »an einer ungesunden Faszination gegenüber dem Deutschtum« leiden, na ja, und dass Sie einen »Großvater in der Wehrmacht« hatten. Werden Sie sich jetzt nicht zensiert vorkommen, wenn es um die Beziehungen zu Berlin geht?*

Alles das, was Sie sagen, ist nicht eine Frage der polnisch-deutschen Beziehungen, sondern der polnisch-polnischen. Die Wahl-Landkarte zeigt, dass die Polen aus ihrem Komplex gegenüber den Deutschen heraustreten, angefangen von Schlesien, Pommern, Großpolen. Je näher der östlichen Grenze, desto mehr antideutsche Phobien, denn diese erwachsen aus Komplexen und dem Mangel an Wissen über den Nachbarn. In Stettin wäre ein Komplex gegenüber den Deutschen nicht denkbar, denn die Polen kolonisieren heutzutage die ehemalige DDR. Die Begründer des Ostmarkenvereins drehen sich im Grabe herum. (Lacht.)

*Aber auf diese Weise werden Sie doch nicht mit Angela Merkel sprechen.*

Ich halte mich für kompetent in den polnisch-deutschen Beziehungen. Auch die Deutschen müssen an einigen Dingen in diesen Beziehungen arbeiten. Und in diesen Beziehungen erreiche ich häufig einen gemeinsamen Standpunkt mit Angela Merkel. Ich hatte keine Probleme damit, sie vor über zwei Jahren zu überzeugen, vor dem Denkmal des Warschauer Aufstands Blumen niederzulegen. Aber sie hatte dort schon selbst niedergekniet.

Es wird keine Akzeptanz für Entscheidungen und Aussagen deutscher Politiker geben, die eine ehrliche historische Rechnung in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg in Frage stellen. Darüber will ich mit Kanzlerin Angela Merkel sprechen – dem besten deutschen Politiker aus polnischer Perspektive. Es wäre eine Sünde, diese Chance nicht zu nutzen.

Kanzler Kohl sagte wiederholt, dass Deutschland endlich ein normaler Staat sein wolle. Aber Polen wird sich mit Deutschland allein dann sicher fühlen, wenn die Deutschen sich ihrer Geschichte erinnern, auch wenn der Krieg vor drei Generationen war. Wir werden in Deutschland aktiv Anhänger unserer Denkweise suchen.

*Werden Donald Tusk und Angela Merkel eine neue Etappe der polnisch-deutschen Versöhnung beginnen?*

Die Zeit der Politik solcher Gesten, wie sie Kohl und Mazowiecki in Kreisau ausgeführt haben, ist zu Ende. Es hat die Zeit der Interessenpolitik begonnen, und wir müssen unsere verteidigen.

*Ministerpräsident Kaczyński hat eine deutliche Erklärung der deutschen Regierung gefordert, dass sie nicht die Forderungen der Vertriebenen unterstützt.*

Solche Erklärungen geben deutsche Politiker ununterbrochen ab, der Präsident und die Kanzlerin. Wichtig ist, dass sie dies weiterhin bei jeder sich bietenden Gelegenheit tun und dass sich der Einfluss von Erika Steinbach auf das politische Zentrum in Deutschland weiterhin verringert.

*Und was ist mit der Ostseepipeline?*

Ich habe einige Gespräche in dieser Angelegenheit hinter mir, aber ich habe nicht das Gefühl von Erfolg. Ich weiß nur, dass, wenn Angela Merkel und ich vor sieben Jahren unsere Länder regiert hätten, es dann heute nicht das Problem dieser Gaspipeline geben würde. Das ist ein schlechtes Erbe aus der Regierungszeit von Gerhard Schröder.

*Wird Ihre Regierung in Polen den Euro einführen?*

Ich habe darüber mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Pawlak gesprochen. Es gibt keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns. Es wäre vorteilhaft für Polen, aber gestattet mir wachsam zu sein, wie sich das bei uns auf den Anstieg der Lebenshaltungskosten auswirken wird. Meine Regierung wird alles tun, damit Polen die Parameter des Eintritts in die Euro-Zone erfüllen wird. Aber die letzte Entscheidung wird nach den Simulationen fallen, wie das das Einkommen des Durchschnittsbürgers beeinflussen wird. Realistisch kann der Euro in Polen in den Jahren 2012 bis 2013 eingeführt werden.

*Welche Idee haben Sie für die polnische Wirtschaft, wenn sich die Konjunktur ändert und Lehrer und Krankenschwestern auf die Straße gehen?*

Heute wurde die Nominierung für die Ministerposten überdacht. Ewa Kopacz, die für das Amt der Gesundheitsministerin ausgewählt wurde, ist Ärztin und gleichzeitig Autorin des Gesetzes über die Patientenrechte. Die für das Amt der Bildungsministerin bestimmte Katarzyna Hall ist Lehrerin und Begründerin der ersten nicht-öffentlichen Schule in Polen, ein Mensch, der immer dialogbereit ist. Ich brauche Menschen, die den gesellschaftlichen Partnern ehrlich sagen, was möglich ist. Bildung und Gesundheitswesen brauchen mehr Geld, aber gleichzeitig muss man es klug einsetzen, damit sich die Qualität der Lehre und der Behandlung verbessert. (...)

*Was bestimmen Sie als Maßstab für Ihren Erfolg?*

Ich möchte, dass das, was heute das Maß des Erfolgs zu sein scheint, in einem Jahr schon zu wenig ambitioniert ist. Ein Maß des Erfolgs wird die Eröffnung der Euro 2012 sein oder die Autobahn zwischen Lodsch und Danzig. Gleich werde ich zu meiner Mutter ins Krankenhaus nach Danzig fahren. Immer, wenn ich dort bin, sehe ich Betten mit Patienten auf dem Flur. Ich möchte mal auf die Station kommen, ohne dass noch Betten auf dem Flur stehen.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

*Quelle.: Gazeta Wyborcza vom 05.11.2007, mit freundlicher Genehmigung*

**Chronik**
**Vom 06. November bis zum 19. November 2007**

06.11.2007	Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Donald Tusk, bekräftigt bei einem Treffen mit ausländischen Journalisten, die polnisch-deutschen Beziehungen verbessern zu wollen. Seine Regierung stehe einer gemeinsamen Erinnerung der Vergangenheit, die sich auf gegenseitiges Vertrauen und v.a. auf die historische Wahrheit stütze und sich in der Initiierung von Institutionen, Museen und Ausstellungen äußere, aufgeschlossen gegenüber. Es werde aber keine grundlegenden Veränderungen in der polnischen Einstellung gegenüber einer Geschichtsphilosophie, wie sie Erika Steinbach symbolisch präsentierte, geben. Er unterstreicht, dass Polen von der Bundesregierung eine größere Bereitschaft erwarte, Verantwortung für die Entschädigungsforderungen von Vertriebenen zu übernehmen.
07.11.2007	Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Donald Tusk, unterstreicht, seine Regierung wolle verstärkt polnische Autoritäten in die Kontakte zwischen Polen und dem Ausland einbinden. Der ehemalige Staatspräsident Lech Wałęsa habe bereits seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklärt.
07.11.2007	Jarosław Kaczyński, Ministerpräsident und Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), fordert im Zusammenhang mit dem Rücktritt der PiS-Vizevorsitzenden Ludwik Dorn, Paweł Zalewski und Kazimierz Ujazdowski am 5. November, wenn jemand sich in radikalem Widerspruch zur Parteilinie sehe, solle er auf sein Abgeordnetenmandat verzichten. In einem Brief an J. Kaczyński hatten die drei Vizevorsitzenden dessen autoritären Führungsstil kritisiert.
08.11.2007	Die Innenminister der EU-Staaten beschließen die Erweiterung der Schengen-Zone um neun weitere Länder, darunter Polen. Die Kontrollen an den Landesgrenzen sollen in der Nacht vom 20. auf den 21.12. aufgehoben werden. Die Entscheidung muss noch vom Europäischen Parlament bestätigt werden. Die Aufhebung der Kontrollen auf den Flughäfen ist für März 2008 vorgesehen.
09.11.2007	Der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, wird von Staatspräsident Lech Kaczyński zum Ministerpräsidenten designiert.
09.11.2007	Der ehemalige Ministerpräsident und Berater von Staatspräsident Lech Kaczyński, Jan Olszewski, wird Vorsitzender der Verifikationskommission der Militärischen Nachrichtendienste (Wojskowe Służby Informacyjne – WSI). Olszewski übernimmt die Position von Antoni Macierewicz, da dieser als neu gewählter Abgeordneter nicht beide Funktionen innehaben darf.
10.11.2007	Der Landesrat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Vorstand der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) beschließen einstimmig die Koalition zwischen PO und PSL.
11.11.2007	In Warschau finden die zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Unabhängigkeit statt. Am 11. November 1918 hatte Polen seine staatliche Souveränität wiedererlangt.
13.11.2007	Der designierte Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerplattform, Platforma Obywatelska – PO) gibt die letzten Kandidaten für die Ministerposten bekannt. Er betont, dass ihm an einer guten Zusammenarbeit mit Staatspräsident Lech Kaczyński liege, er aber nicht seine Vorstellungen von der Regierungszusammensetzung korrigieren werde, weil der Staatspräsident einigen Namen gegenüber kritisch eingestellt sei. Hintergrund sind u.a. die Vorbehalte Kaczyńskis gegenüber der Kandidatur von Radosław Sikorski für den Posten des Außenministers. Sikorski war in der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Verteidigungsminister; wegen eines Konflikts mit dem Chef der Militärischen Spionageabwehr (Służba Kontrwywiadu Wojskowego – SKW), Antoni Macierewicz, trat er von seinem Amt zurück.
14.11.2007	Der bisherige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Paweł Zalewski (Recht und Gerechtigkeit, Prawo i Sprawiedliwość – PiS), der in der vergangenen Woche von seinem Amt als Vizevorsitzender von PiS zurückgetreten ist, verzichtet auf das Angebot der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), dem Auswärtigen Ausschuss eine weitere Legislaturperiode vorzustehen. Zalewski begründet seine Entscheidung mit Kontroversen, die seine Zustimmung zu dem Angebot in seiner Partei ausgelöst habe. Der Generalsekretär von PiS, Joachim Brudziński, hatte mit dem Parteiausschluss Zalewskis gedroht. Der Auswärtige Ausschuss solle verbinden und Kompromisse in der Außenpolitik finden und nicht spalten, so Zalewski.
15.11.2007	Das Garnisonsgericht in Posen entscheidet, die sieben polnischen ISAF-Soldaten zu inhaftieren, die angeklagt sind, im August in Afghanistan Zivilisten, darunter Kinder, getötet zu haben bzw. ein unbewaffnetes ziviles Objekt angegriffen zu haben.
16.11.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński vereidigt Donald Tusk, Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), zum Ministerpräsidenten. Der scheidende Ministerpräsident Jarosław Kaczyński wird vom Fraktionsvorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Przemysław Gosiewski, vertreten.

16.11.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński vereidigt die Mitglieder des Kabinetts von Ministerpräsident Donald Tusk.
16.11.2007	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, enthebt Ludwik Dorn, Kazimierz Ujazdowski und Paweł Zalewski ihrer Rechte als Parteimitglieder der PiS. Hintergrund ist ein offener Brief, in dem die drei Politiker den autoritären Führungsstil des Parteichefs kritisiert hatten, und ihr Rücktritt vom stellvertretenden Parteivorsitz.
18.11.2007	Der Beauftragte für die Sicherheitsdienste, Paweł Graś, teilt mit, Ministerpräsident Donald Tusk wechsele die zwölf von seinem Vorgänger berufenen Mitglieder der 24-köpfigen Verifikationskommission aus. Die Kommission überprüft die Erklärungen der ehemaligen Soldaten der Militärischen Nachrichtendienste (Wojskowe Służby Informacyjne – WSI), die in den neuen Aufklärungsdiensten arbeiten wollen, dahin gehend, ob sie von Vergehen des WSI Kenntnis hatten bzw. selbst daran beteiligt waren. Der ehemalige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński hatte die Tätigkeit der Kommission bis zum 30. Juni 2008 verlängert. Graś kündigt eine Überprüfung des Zeitplans der Kommission an.
18.11.2007	Nach Einschätzung des Verteidigungsministers Bogdan Klich müssen beim Einsatz der polnischen Truppen in Afghanistan der Spionageabwehrdienst, die militärische Aufklärung und das Engagement des Kontingents im Dialog mit der afghanischen Gesellschaft verstärkt werden. Außerdem müsse man sich damit beschäftigen, wie die polnischen Soldaten auf Auslandseinsätze psychologisch vorbereitet werden. Nach den Vorfällen im August, bei denen polnische Soldaten Zivilisten getötet haben, könne sich die Stimmung dem polnischen Militär gegenüber gewandelt haben und müsse man sich auf eine größere Bedrohung einstellen. Ein Rückzug der polnischen Truppen aus dem Irak ist für 2008 vorgesehen.
19.11.2007	Die Tageszeitung »Dziennik« meldet, dass der Anhang zum Bericht über die Auflösung der Militärischen Nachrichtendienste (Wojskowe Służby Informacyjne – WSI) in Warschau zum Kauf angeboten werde. Justizminister Zbigniew Cwiągalski kündigt eine Untersuchung an.

## Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.polen-analysen.de](http://www.polen-analysen.de)

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de)

### Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.polen-analysen.de](http://www.polen-analysen.de)